

Dr. Harald Duchrow
Lindenallee 46
20259 Hamburg

Hamburg, den 26. Mai 2011
Tel. (040) 431 88 368
E-Mail: iseбек@arcor.de

für die
ISEBEK-INITIATIVE zum Schutz der Stadtnatur

Fragen und Anmerkungen
in der Bürgerfragestunde der Bezirksversammlung Eimsbüttel am 26. Mai 2011
zum Antrag der SPD-Fraktion zu einem "Bürgerinitiativen Gipfel" (TOP 9.8)

In einem Antrag der SPD-Fraktion vom 11.5.2011 (Drucksachen-Nr. 0134/XIX) [1] schlagen Gabor Gottlieb, Anne Schum und Fraktion vor, zur "Einbindung von Bürgerinitiativen" den Bezirksamtsleiter zu bitten, "einen Bürgerinitiativen Gipfel noch in diesem Jahr einzuberufen und alle bekannten Initiativen dazu einzuladen".

Der bekannten Isebek-Initiative stellen sich zu diesem Vorschlag einige Fragen, die ich hiermit an die Bezirksversammlung und ihre Fraktionen weitergeben möchte.

1. Woher bezieht die SPD-Bezirksfraktion Eimsbüttel die Legitimation, genau zu diesem Zeitpunkt einen solchen Antrag zu stellen?

- a. Die SPD-Bezirksfraktion Eimsbüttel war soeben maßgebend daran beteiligt, den ersten Eimsbüttler Bürgerentscheid, in dem das Bürgerbegehren "Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!" eine überwältigende demokratische Mehrheit erhalten hatte, unter der Regie des sozialdemokratischen Bezirksamtsleiters "auszuhebeln". Die Eimsbütteler SPD hat damit erneut zum Ausdruck gebracht, dass sie unfähig ist, den Bürgerwillen in Eimsbüttel zu respektieren.

Wer mag der SPD Eimsbüttel, die sich gerade als Totengräber eines demokratischen Bürgerentscheides betätigt hat, noch ehrliche Absichten unterstellen, wenn sie nun in ihrem Antrag beteuert, sie wolle in Eimsbüttel eine "lebendige" Diskussionskultur oder auch eine "lebendige" Szene der Bürgerinitiativen erhalten?

Besonders makaber erscheint das Datum des SPD-Antrags für einen "Bürgerinitiativen Gipfel": Unmittelbar zuvor hatte das Hamburgische Verwaltungsgericht am selben Tage unter Mithilfe der SPD Eimsbüttel entschieden, dass die ehemaligen Vertrauensleute des Bürgerbegehrens "Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!" nicht antragsbefugt für die Verteidigung des Bürgerentscheids seien und hatte damit den Weg frei gemacht für die von SPD-Politikern vorangetriebene Großbebauung am Isebekkanal.

- b. Mit ihrer Aushebelung des Bürgerentscheids "Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!" hat die SPD-Bezirksfraktion Eimsbüttel auch ein Wahlversprechen gebrochen:

Vier Tage vor der Wahl der Bezirksversammlung hatte der Erstunterzeichner des vorliegenden Antrags, Gabor Gottlieb, für die SPD Eimsbüttel am 16.2.2011 auf die Frage eines lokalen Anzeigenblattes wie folgt geantwortet:

Frage: "Ein Büro- und Geschäftshaus am U-Bahnhof Hoheluft ist per Bürgerentscheid abgelehnt worden. Sollten dort stattdessen Wohnungen gebaut werden?"

Antwort Gottlieb (SPD): "Das Ergebnis des Bürgerentscheides zu respektieren, beinhaltet für die SPD auch, dass wir keine weiteren Bauvorhaben anstoßen werden, wenn diese nicht dem ausdrücklichen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger entspricht."

Soll man diese feinsinnige Formulierung vielleicht so interpretieren, dass die SPD keine Bauvorhaben anstoßen wollte, sich aber gern vom sozialdemokratischen Bezirksamtsleiter dazu anstoßen ließ?

- c. Mit einem "Vertrag für Hamburg - Wohnungsneubau: Vereinbarung zwischen Senat und Bezirksämtern zum Wohnungsbau" bereiten führende Hamburger Sozialdemokraten unter der Federführung des Eimsbütteler Bezirksamtsleiters derzeit eine Regelung vor, die in allen Konfliktfällen des Wohnungsneubaus zukünftig unter der Regie des "Wohnungsbaukoordinators" die Senatskommission für Stadtentwicklung entscheiden lässt und damit nicht nur Bürgerentscheide unmöglich macht, sondern auch die Bezirksversammlungen entmachtet. In dem Entwurf des "Vertrages für Hamburg" von Dr. Torsten Sevecke vom 15.5.2011 [2] heißt es auf Seite 4:

"Eine Entscheidung der Senatskommission für Stadtentwicklung ist für alle Behörden und gemäß § 21 Bezirksverwaltungsgesetz für die jeweilige Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse verbindlich."

Wenn Bezirksversammlungen keine freien Beschlüsse mehr fassen können, dann kann nach § 32 Absatz 1 Bezirksverwaltungsgesetz per Bürgerbegehren faktisch auch kein Bürgerentscheid mehr umgesetzt werden. Durch den unter Federführung Seveckes trickreich ausgedachten Wohnungsbauvertrag zwischen Senat und Bezirken werden die Bezirke bei Widerstand gleichgeschaltet, ihrer Planungshoheit beraubt, und es werden Gesetzesbestimmungen zu direktdemokratischen Bürgerabstimmungen in den Bezirken ohne Gesetzesänderung und ohne Beteiligung des Gesetzgebers ausgehebelt (vgl. auch Kleine Anfrage der FDP/Piraten-Fraktion in der Bezirksversammlung Bergedorf am 26.5.2011 [3]).

Zwar sollen Bürgerinnen und Bürger gegebenenfalls durch Informationsveranstaltungen oder auch "runde Tische" in die Verfahren einbezogen werden können. Dass aber direktdemokratische Verfahren definitiv ausgeschaltet werden sollen, ergibt sich aus Kommentaren führender SPD-Politiker zu dem "neuen Tempo-Bauprogramm" der SPD in den Medien.

So heißt es in der "Welt" vom 12.5.2011 zu den Vorstellungen des "Wohnungsbaukoordinators" Michael Sachs, der qua Ämterhäufung inzwischen auch Staatsrat in der BSU ist:

"Auch wenn die Bürger mehr eingebunden werden sollen - Sachs' Haltung ist klar: Letztlich müsse die Politik entscheiden."

Und das Hamburger Abendblatt schreibt am 20.5.2011 zum "Wohnungsbau-Pakt" zwischen Senat und Bezirken:

"Projekte werden auch gegen Widerstand vor Ort durchgesetzt. 'Auch in betuchten Nachbarschaften wird es kein Vetorecht mehr geben', sagt der Wohnungsbau-Experte der SPD, Andy Grote."

In dieser schönen neuen Welt der in Hamburg alleinregierenden SPD haben Einrichtungen wie die von Grote angepriesene "Hamburger Stadtwerkstatt" oder auch ein Eimsbütteler "Bürgerinitiativen Gipfel" die Funktion einer "Spielwiese", auf der die als politisch unmündig oder auch egoistisch eingestuftten Bürger patriarchalisch gelenkt ein bisschen mitdiskutieren dürfen, bis dann die Obrigkeit entscheidet.

2. Welche Legitimation soll unter diesen Umständen ausgerechnet Bezirksamtsleiter Dr. Torsten Sevecke (SPD), der sich anschickt, Hamburgs Spezialist für die Aushebelung von Bürgerentscheiden zu werden, haben, zu dem von der SPD-Bezirksfraktion Eimsbüttel vorgeschlagenen "Bürgerinitiativen Gipfel" einzuladen?

Oder, um aus der Sicht der Betroffenen und in der Bildersprache der Gebrüder Grimm zu sprechen:

Was sollen die sieben Geißlein davon halten, wenn sie vom kreidefressenden Wolf zu einem "Geißlein-Gipfel" eingeladen werden, nachdem dieser gerade das achte Geißlein umgebracht und verschlungen hat?

(Dr. Harald Duchrow)

Zitierte Quellen:

1. "Bürgerinitiativen Gipfel", Antrag der SPD-Fraktion zu TOP 9.8 der Bezirksversammlungssitzung am 26.5.2011; Drucksachen-Nr. 134/XIX
http://www.isebek-initiative.de/uploads/bz/BV_110526_TOP_9-8_BuergerinitiativenGipfel.pdf
2. Vertrag für Hamburg - Wohnungsneubau: Vereinbarung zwischen Senat und Bezirksämtern zum Wohnungsbau. - Entwurf von Dr. Torsten Sevecke, 15. Mai 2011, beschlossen am 19.5.2011 von der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte
http://www.isebek-initiative.de/uploads/bz/Sevecke_110515_Vertrag-fuer-Hamburg_Entwurf.pdf
3. Kleine Anfrage der Bergedorfer Bezirksabgeordneten Penz, Mohnike, Eichner und Fraktion der FDP/Piraten zum Wohnungsbauvertrag der Bezirk[e] vom 13.05.2011 (mit Antwort).- Drucksachen-Nr. XIX/0135 zu TOP 4.1 der Sitzung der Bezirksversammlung Bergedorf am 26.5.2011
http://www.isebek-initiative.de/uploads/bz/BVB_110526_TOP-4-1_KlAnfrage_FDP-Piraten_Wohnungsbauvertrag.pdf